



HAMBURGER ZAHNÄRZTEBLATT



Nr. 9 // September 2006 // 46. Jahrgang // ISSN 0933-9299 // C 81 46

www.zahnaerzte-hh.de



Der Vorstand der Zahnärztekammer Hamburg (stehend von links): Dr. Thomas Einfeldt, Dr. Thomas Clement, Prof. Dr. Wolfgang Sprekels, Dr. Helmut Pfeffer, Konstantin von Laffert und sitzend und RA Justiziar Sven Hennings und Dr. Peter Kurz, Hauptgeschäftsführer der Zahnärztekammer Hamburg

Fotos: et



LEITARTIKEL

So wird Politik gemacht

AUS DEM INHALT

Kammerklausur mit Kanzlerin
Serie: Zahnärzte in Hamburg
Im Versorgungswerk weiterhin
gut aufgehoben

HEFTTHEMEN IN KÜRZE

Die Politik geht nicht den direkten Weg, wenn schwierige Vorstellungen umgesetzt werden sollen. Der Leitartikel auf der nächsten Seite beschäftigt sich mit dem merkwürdigen Vorgehen, einen Arbeitsentwurf angeblich ohne Kenntnis der Amtsleitung unter das Wahlvolk zu bringen.

Der Kammervorstand beschäftigte sich in seiner Septemberklausur in Warnemünde unter den Augen der Kanzlerin mit zukunftsweisenden Themen, die weit in die nächste Legislatur hineinreichen. Mehr dazu ab Seite 4.

In diesem HZB startet eine neue Serie. Gesucht werden die Hamburger Zahnarzt-Dynastien. Los geht es auf Seite 9.

Die Premiere ist geglückt. Nachdem der Lehrstoff der ZMF-Weiterbildung jetzt auch in Modulen konsumierbar angeboten wird, schlossen die ersten Absolventinnen das Abschlussmodul erfolgreich ab. Mehr dazu auf Seite 10.

Die Versorgungswerke der Ärzte und Zahnärzte bieten im Vergleich zum gesetzlichen Rente immer noch eine gute Leistung. Weitere Informationen ab Seite 11.

LEITARTIKEL

- 3 So wird Politik gemacht – mit angeblich nicht abgestimmten Arbeitsentwürfen

NACHRICHTEN

- 4 Kammerklausur mit Kanzlerin, neuer Ehrbarkeit, Bachelor(un)wesen, Schwangeren-, Kinder- und Demenztbetreuung
- 9 Vierte Zahnarztgeneration in Hamburg-Bahrenfeld: Dres. Harms
- 10 Premiere – 1. ZMF-Abschlussmodul beendet
- 11 Kein Vergleich zur gesetzlichen Rente – Ärzte sind im Versorgungswerk immer noch gut aufgehoben
- 13 Dr. Ergenzinger schloss das letzte Kapitel
- 14 Zahnärzte in der (gelb-blauen) Hamburger Politik
- 14 Buch: Digitale Dentale Fotografie
- 22 Norweger-Happen
- 28 Fortbildung der Zahnärztekammer für Zahnärzte und Mitarbeiterinnen

MITTEILUNGEN DER KAMMER

- 15 Bezirksgruppen
- 15 ZFA-Prüfungen
- 15 Ungültige Ausweise
- 15 Hamburger Dentalfamilie gestartet

MITTEILUNGEN DER KZV HAMBURG

- 16 Abgabetermine
- 16 Neues aus der Rechtsprechung
- 16 Zahlungstermine
- 16 Ausschreibungen
- 16 Sitzungstermine Zulassungsausschuss
- 17 Bedarfsplanung
- 17 Weitere Informationen

22 Persönliches

24 Kleinanzeigen

2 Impressum

MITTEILUNGEN DES VERLAGES

- 26 Gefahrenquelle Branchenbucheintrag
- 27 pluradent veranstaltet Assistententage

IMPRESSUM

Herausgeber: Zahnärztekammer Hamburg, Möllner Landstraße 31, 22111 Hamburg, Tel.: 73 34 05-0, Fax: 73 34 05-75, E-Mail: info@zaek-hh.de, und Kassenzahnärztliche Vereinigung Hamburg, Katharinenbrücke 1, 20457 Hamburg, Tel.: 361 47-0, Fax: 36 44 70, E-Mail: info@kzv-hamburg.de

Verlag und Anzeigen: Pharmazeutischer Verlag Dr. Horst Benad, Zinnkrautweg 24, 22395 Hamburg, Tel.: 60 04 86-11, Fax: 60 04 86-86

Druck: Dierk Heigener Druckerzeugnisse GmbH, Theodorstraße 41 n, 22761 Hamburg, Tel.: 89 10 89

Redaktion: Gerd Eisentraut, Tel.: 73 34 05-17, Fax: 73 34 05 99 17, Postfach 74 09 25, 22099 Hamburg, E-Mail: gerd.eisentraut@zaek-hh.de

Redaktions-Sekretariat: Regina Kerpen, Tel.: 73 34 05-18, E-Mail: regina.kerpen@zaek-hh.de

Einsendungen von Zuschriften und Anfragen bitte nur an die Redaktion. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für den Inhalt der amtlichen Mitteilungen der Körperschaften und solcher Artikel, deren Verfasser namentlich genannt sind. Für unaufgefordert eingesandte Zuschriften oder Fotos wird keine Garantie oder Rücksendung gewährt. Der Nachdruck, auch auszugsweise, ist grundsätzlich verboten, für offizielle Mitteilungsblätter anderer zahnärztlicher Landes- oder Bundesorganisationen unter voller Quellenangabe erlaubt.

Für Hamburger Zahnärzte ist der Bezugspreis des Hamburger Zahnärzteblattes mit dem Mitgliedsbeitrag für die beiden Körperschaften abgegolten.

SO WIRD POLITIK GEMACHT – MIT ANGEBLICH NICHT ABGESTIMMTEN ARBEITSENTWÜRFEN

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

472 Seiten umfasst der erste Arbeitsentwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Wettbewerbs in der GKV. Auf dem Deckblatt steht so nett „erster Arbeitsentwurf – noch nicht mit der Leitung abgestimmt“. Stimmt. Ulla Schmidt war in dieser Zeit im Urlaub. Da haben ihre Ministeriumsbeamten offenbar so mir nichts dir nichts einen Gesetzesentwurf zusammengebastelt und – die Ministerin war ja im Urlaub – auch gleich herausgebracht.

Wer sich etwas länger mit Gesundheitsreformen befasst, weiß, dass hinter diesem Schauspiel System steckt. Man versteckt sich hinter Beamten, die angeblich unabgestimmte Maximalforderungen in die Welt hinausbringen. Parallel verkündet der Ministeriumssprecher, dass die Ministerin das so nicht will. Alle Welt debattiert über Maximalforderungen, die ohnehin nicht kommen sollen. Und der Rest geht glatt durch.

Was steht in den 472 Seiten? Der Gesundheitsfonds soll kommen. Das BMG selbst will die Beitragssätze festlegen. Eine solche Lösung ist nicht weit von einem staatlichen Gesundheitssystem entfernt. Und auf unserer Seite, wie sieht es da aus? Neue Versorgungsstrukturen heißt das Zauberwort. Medizinische Versorgungszentren, Kettenpraxen und Selektivverträge sollen kommen.

Ob es PKV und GKV parallel weiter geben wird, ist noch nicht abzusehen. Statt das gesunde System PKV auf die GKV zu übertragen, wird es aber genau anders herum geplant. Wie formuliert der Leitartikel in „DER WELT“ so passend „Macht kaputt was funktioniert“.

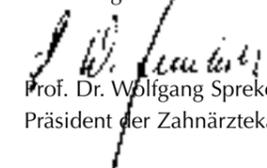
Und was macht die GOZ? Das Vorhaben der Anpassung von BEMA und GOZ ist noch nicht vom Tisch.

Wo da genau der Wettbewerb in der GKV – so ja der Titel des Gesetzes – gestärkt werden soll, wissen wohl nur die nicht autorisierten Beamten des Ministeriums.

Wo bleibt da die Union, möchte man fragen und tatsächlich, nach bekannt werden des Entwurfs gab es einzelne verzagte Kritik. Wollen wir hoffen, dass sich diese verstärkt und nicht dem von Angela Merkel aufoktroierten Koalitionsfrieden zum Opfer fällt.

Und was können wir tun? Eine ganze Menge. Die Hintergrundgespräche in Berlin laufen auf vollen Touren. Aber auch in Hamburg können wir etwas tun. Können Sie etwas tun. Wir haben die Mitglieder des Gesundheitsausschusses unserer Bürgerschaft zur Diskussion eingeladen. Wir wollen von Ihnen hören, ob das, was die Folgen der Reform ihrer Parteien wären, auch tatsächlich von ihnen gewollt sind und mit ihren Parteiprogrammen und Wahlversprechen übereinstimmen. Die Resonanz auf unsere Einladung ist phänomenal. Kommen Sie zu diesen Veranstaltungen und bringen wir die Hamburger Lokalpolitiker zum Schwitzen.

Mit kollegialen Grüßen


Prof. Dr. Wolfgang Sprekels
Präsident der Zahnärztekammer Hamburg



Kammerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Sprekels

KAMMERKLAUSUR MIT KANZLERIN, NEUER EHRBARKEIT, BACHELOR(UN)WESEN, SCHWANGEREN-, KINDER- UND DEMENTENBETREUUNG

Die Legislaturperiode in der Zahnärztekammer Hamburg neigt sich dem Ende zu, denn im November wählen die Hamburger Zahnärzte ein neues Parlament. Gleichwohl standen bei der traditionellen Klausurtagung des Vorstandes der Zahnärztekammer am ersten Septemberwochenende in Warnemünde neben aktuellen Themen auch Themen von zukünftiger Wichtigkeit auf der Tagesordnung. Der Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern trieb die Kanzlerin Angela Merkel zeitgleich in die Stadt. Das große Polizeiaufkommen galt daher nicht den Zahnärzten aus ganz Norddeutschland, die ebenfalls an diesem Wochenende im Hotel Neptun zum Zahnärztetag Mecklenburg-Vorpommern kamen.

Bauchgrimmen über den Einfluss von außen auf das Miteinander der Zahnärzte in den letzten Jahren ließ auf Anregung des Präsidenten, Prof. Dr. Wolfgang Sprekels, den Vorstand über Korrekturen nachdenken. Die

ärzteschaft in der Öffentlichkeit bedrohen kann.

Aufgrund der liberaler gewordenen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes kann die Kammer in nur sehr eingeschränktem Umfang Unterlassungsverfügungen beantragen und berufsrechtliche Maßnahmen ergreifen. Hamburger Tageszeitungen, überregionale Medien bis hin zum Fernsehen und örtliche Direktwerber überrollen zudem die Zahnärzte mit Werbeangeboten oft im Mantel einer redaktionellen Berichterstattung, die sich dann aber doch nur als eine verkappte Anzeige herausstellt. Die Kammer beschränkte sich bisher darauf, die Kolleginnen und Kollegen davor zu warnen, auf diesen Werbezug aufzuspringen, und intensiv zu prüfen, ob durch diese Maßnahmen die gewünschte Umverteilung der (solventen) Patienten auf die eigene Praxis tatsächlich erreichbar ist. Die Zahl der Patienten und deren Nachfrage nach zahnärztlichen Dienstleistungen ist nicht beliebig vermehrbare und ihrem Hauszahnarzt vertrauende Patienten sind nur schwer zum Wechsel zu motivieren.

Angesichts dieser Entwicklung diskutierte der Kammervorstand bereits vor einem Jahr auf der Klausurtagung den Gedanken, einen „Zirkel“ mit einem Ehrenkodex ins Leben zu rufen. Die Argumentation war hanse-

atisch: Wir leben in Hamburg – wir sind Hanseaten – ehrbare Hanseaten – Hamburg ist die Stadt, in der die Versammlung eines Ehrbaren Kaufmannes zu Hamburg gegründet wurde. Warum sollte nicht die weitaus überwiegende Anzahl der Hamburger Zahnärztinnen und Zahnärzte diesen Zirkel gründen, in dem alle diejenigen Werte, die wir als kennzeichnend für einen honorigen ärztlichen Beruf und für einen freien Heilberuf halten, als Selbstverpflichtung niedergelegt werden?

Der Vorstand griff diesen Gedanken in der Klausurtagung in Warnemünde erneut auf. Das zurückliegende Jahr hatte keine Verbesserung der Situation gebracht. Der Handlungsdruck war gestiegen. Trotz nach wie vor vorhandener Bedenken soll dieser Ethik-Zirkel in der nächsten Legislatur angeschoben werden.

Eine solche Vereinigung soll für alle diejenigen Hamburger Zahnärzte offen sein, die sich der Selbstverpflichtung unterwerfen wollen. Die Mitglieder sollen diese Mitgliedschaft als Qualitätssiegel auf dem Schild und in den Praxisräumen aushängen dürfen. Die Patienten sollen den Behandler daran messen können.

Hamburg hat eine enorme Dichte an Zahnärzten. Trotzdem sind nicht alle Hamburger gleich gut zahnärzt-

lich versorgt. Mit zunehmender Sorge sieht der Vorstand der Zahnärztekammer Hamburg, dass alte oder demente Hamburger sowie ihre Familienangehörigen und Pflegedienste nicht für eine ausreichende Mund- und Zahnersatz-Pflege sorgen können. Insbesondere komplizierter kombinierter Zahnersatz erfordert Kenntnisse und Geschick. Wie sollen diese Menschen zahnmedizinisch betreut werden? Wenn Körper oder Geist nicht mehr so mitspielen, bereitet auch die Pflege der Zähne künftig Probleme. Alle Vorstandsmitglieder konnten auf der

Klausurtagung in Warnemünde von persönlichen Eindrücken aus ihrer eigenen Praxiserfahrung berichten. Diese menschlichen Probleme werden angesichts des zunehmenden Alters und der Fortschritte der Medizin nicht geringer.

Dem Vorstand lag ein umfangreiches Konzept von Dr. Thomas Einfeldt zu diesem Thema vor, das in der nächsten Legislatur mit Leben erfüllt werden soll. Bei alten Menschen denkt man zuerst an Seniorenheime, hieß es in der Diskussion.

Dr. Dietmar Oesterreich, Präsident der Zahnärztekammer Mecklenburg-Vorpommern, begrüßte den Hamburger Kammervorstand in Warnemünde und stand für eine Diskussion zur Verfügung



Das sei aber falsch, denn nur fünf Prozent pflegebedürftiger Menschen leben in Heimen. 95 Prozent werden



Der Vorstand der Zahnärztekammer Hamburg (stehend von links): Dr. Thomas Einfeldt, Dr. Thomas Clement, Prof. Dr. Wolfgang Sprekels, Dr. Helmut Pfeffer, Konstantin von Laffert und sitzend und RA Justiziar Sven Hennings und Dr. Peter Kurz, Hauptgeschäftsführer der Zahnärztekammer Hamburg

größeren Freiheiten durch Brüssel und eine daraufhin geänderte Rechtsprechung rücken den Zahnarzt nach Meinung des Vorstandes verstärkt in die Ecke des „Marktteilnehmers“. Die zementierenden Reglementierungen der zahnärztlichen „Leistungsbringung“ durch den Gesetzgeber lassen vom früheren freien Beruf nicht viel übrig. Zudem betreibt eine kleine Anzahl von Zahnärzten eine aggressive Werbung für sich, die die große Mehrheit der Zahnärzte nicht nur stört, sondern das Ansehen der Zahn-

Anzeige

zu Hause von medizinischen Laien gepflegt. Das Konzept geht auf die beiden Zielgruppen ein und sucht nach Lösungen.

Durch eine ständig wiederholte Schulung von Pflegekräften in Heimen ließe sich nach Meinung des Vorstandes das Niveau in den Einrichtungen sicher nachhaltig verbessern. Hierzu müssten geeignete Schulungsangebote gesichtet und angeboten werden. In den Ausbildungsplänen für Pflegerinnen und Pfleger müsste das Thema Zahnpflege verstärkt in den Stundenplan integriert werden.

Für die Hamburger Zahnarztpraxen müsste ein Leitfadent entwickelt werden, der aufzeigt, was Praxen bei der aufsuchenden Pflege erlaubt ist und was nicht. So müssen insbesondere die Grenzen zu ge-

der Schwangeren verbessert werden könnte. Hierzu wurde in der Vergangenheit ein Mutter-Kind-Pass entwickelt, der in letzten Details auf der Klausurtagung noch optimiert wurde. Er hat die breite Unterstützung der Hamburger Gynäkologen und Hebammen und wird deswegen sicher einen gezielten Einsatz bei werdenden Müttern finden.

Nachdem der wesentliche Finanzierungsanteil durch die Firma Oral-B sichergestellt ist, kann der Pass gedruckt werden und dann zum Einsatz kommen.

Der Vorstand fasste darüber hinaus den Beschluss, zahnmedizinische Erkenntnisse verstärkt an Gynäkologen, Hebammen, Kinderärzte und Geburtskliniken heranzutragen. Hierzu soll in der nächsten Legislatur ein Arbeitskreis die vorhandenen vielfältigen Unterlagen sichten, auswerten und konkrete Informationsangebote unterbreiten.

zin vom Umfang her und mit einem Staatsexamen-Abschluss nicht zu verändern. Deutlich festgehalten wurde, dass der Bachelor in der Zahnmedizin keine diskutable Titulatur sei, da ein verkürztes Grundstudium keinen therapeutisch tätigen und berufsfähigen Absolventen hervorbringe.

Die Verankerung des postgradualen Masters im Hochschulrahmengesetz führte dann auch zu der Frage nach der Rolle neuer akademischer Bezeichnungen in medizinischen Fächern nach dem Staatsexamen. Aber die Tatsache, dass eigentlich jeder Teilbereich der Medizin heute mit einem Facharzttitel belegt sei, mache den Master im klinisch tätigen Bereich uninteressant. Nicht so im Bereich der Zahnmedizin. Es existieren nur zwei Bereiche mit einer Weiterbildungsordnung (Kieferorthopädie und Oralchirurgie). Alle anderen Bereiche

surtagung ein. Der Präsident plauderte dezent aus dem Nähkästchen, was in Berlin hinter den Kulissen getan wird. Wie der Arbeitsentwurf des nächsten Reformgesetzes angeblich ohne Billigung der Leitung des BMG in die Öffentlichkeit gelangen konnte, rief allgemeines Kopfschütteln hervor. Nach den Erkenntnissen des Präsidenten sei dieses Arbeitspapier nicht das letzte. Es muss ein weiteres folgen, das dann verbindliche Grundlage des Gesetzes werde.

Die Diskussion drehte sich auch um das Vertragsarztrechtsänderungsgesetz, das nach einhelliger Meinung stärker in die Form der Berufsausübung eingreift als viele Gesundheitsreformgesetze. Wenn Einzelheiten feststehen, wird der Vorstand die Hamburger Zahnärzte über die Auswirkungen auf die Praxen gezielt informieren.

Der Vorstand der Zahnärztekammer Hamburg befasste sich in der Sitzung auch mit der Vorbereitung der Politik-Großveranstaltungen. Der Präsident berichtete über die von der Kammer angestoßenen Bemühungen des Bundeswehrkrankenhauses, in die Ausbildung der Oralchirurgen mit einzusteigen. Der Vorstand diskutierte außerdem über die Reaktion auf eine aktuelle, für die Liquidation der Hamburger Zahnärzte wichtige Entscheidung zur GOZ. Konstantin von Laffert kündigte an, dass Anfang September mit der Aufsichtsbehörde ein abschließendes Gespräch über die Praxisbegehungen vorgesehen ist. Dr. Thomas Clement berichtete über die Vorbereitungen der zweiten Sitzung der Dentalfamilie am 4. September. Unpopulär aber (ge)wichtig war ein weiterer Tagesordnungspunkt: Sämtliche Ordnungen der Kammer wurden nach der Änderung des Kammergesetzes für die Heilberufe redaktionell überarbeitet und zugleich inhaltlich aktualisiert. Sie liegen der Kammerversammlung in der Wintersitzung vor.

et



Der Vorstand der Zahnärztekammer Hamburg (von links): Prof. Dr. Wolfgang Sprekels, Dr. Helmut Pfeffer, Dr. Thomas Clement, Dr. Thomas Einfeldt und Konstantin von Laffert

Fotos: et

werblichen Angeboten bekannt und eingehalten werden. In der nächsten Legislatur sollte ein Arbeitskreis für diese drängenden Aufgaben eingerichtet werden.

Der Bedarf an präventiver zahnmedizinischer Betreuung nimmt kontinuierlich zu. Dem Vorstand reicht allerdings das Tempo nicht, und er sieht auch Schwachstellen, die gezielt behandelt werden sollten. Der Kammervorstand diskutierte ausführlich, wie die Betreuung schon des ungeborenen Kindes und

Mit großer Sorge sieht der Kammervorstand die Bestrebungen, das traditionelle Zahnmedizinstudium unter dem Diktat des Bologna-Prozesses zu bewerten. Im Zuge der europäischen Angleichungen im Bologna-Prozess wird auch in den deutschen Hochschulen zunehmend der Weg zur Zweiteilung der Studiengänge und damit zu den akademischen Titeln Bachelor und Master gefördert. Diese Entwicklung wurde durch das neue Hochschulrahmengesetz ermöglicht. Es bestand im Kammervorstand Einigkeit in der Auffassung, das Grundstudium in der Zahnmedi-

der Zahnmedizin finden offenbar zunehmend Interesse an einem postgradualen „Master-Degree“. Über diesen beginnenden Wildwuchs äußerte der Kammervorstand seine Besorgnis. Der Master wurde allerdings weniger als Gefahr einer Entwertung der Zahnmedizin gesehen als der Bachelor, der nicht-akademischen Berufen den Einstieg in neue Betätigungsfelder ermöglichen könne.

Die aktuelle Gesundheitspolitik nahm einen breiten Raum als viertes und abschließendes Thema der Klau-

Anzeige

Serie Hamburger Zahnarztfamilien

In loser Folge werden im HZB von dieser Ausgabe an Hamburger Zahnarztfamilien vorgestellt.
Arbeiten Sie auch in 3. oder 4. Generation als Zahnarzt – dann bitte her mit Ihrer Geschichte.
Auf der nächsten Seite geht es los.

Anzeige

VIERTE ZAHNARZTGENERATION IN HAMBURG-BAHRENFELD: DRES. HARMS

Die Zahnarztpraxis Dr. Harms wurde im Jahr 1908 von dem Zahnarzt Albert Harms in Hamburg gegründet. Zuerst befand sich die Zahnarztpraxis in der Bahrenfelder Chaussee 94 und wurde 1921 in die Nikischstrasse 2 verlegt, wo sie bis heute besteht.

Ab dem Jahr 1931 wurde die Praxis gemeinsam mit Sohn Dr. Albert Harms in der zweiten Generation weitergeführt. Er war dort über 50 Jahre als Zahnarzt tätig. Abitur mit 17 Jahren und Approbation mit 22 Jahren machten das möglich.



Im Jahre 1972 traten seine Söhne Dr. Wolfgang Harms und im Jahre 1988 Dr. Christian Harms als dritte Generation in die Praxis ein.

Die traditionsreiche Zahnarztpraxis wird seit dem Jahre 2004 gemeinsam

von den Brüdern Dr. Christian Harms und Dr. Wolfgang Harms, mit dessen Sohn Dr. Börries Harms in der vierten Generation geführt.

Viele ältere Patienten waren in ihrem ganzen Leben noch nie bei einem anderen Zahnarzt. Öfter hört man die Bemerkung eines Patienten: „Diese Füllung oder Krone hat noch Ihr Vater oder Großvater gemacht“. Gerade diese besonders langjährigen, regelmäßigen Kontakte führen bei vielen Patienten und dem Behandlungsteam zu einem guten und sehr persönlichen Verhältnis.

Zahlreiche Assistenten und Auszubildende begannen hier ihr Berufsleben. In der Praxis wird heute ein breites Spektrum der Zahnmedizin angeboten. Stetige Anpassung an den aktuellen Stand der Zahnmedizin und Umsetzung neuer Konzepte tragen



Dr. Christian Harms (links), Dr. Börries Harms (Mitte), Dr. Wolfgang Harms (rechts)
Foto: privat

immer wieder zur Freude am Beruf bei. Unterstützt wird die Praxis von einem Team aus einer Verwaltungsfachangestellten, Prophylaxeassistentin, Dentalfachberaterinnen, Zahnmedizinischen Fachangestellten und Auszubildenden.

Das 100-jährige Praxisjubiläum wird im Jahr 2008 gefeiert.

Dr. Börries Harms
Dr. Christian Harms
Dr. Wolfgang Harms.

Anzeige

PREMIERE – 1. ZMF-ABSCHLUSSMODUL BEENDET

Am 1. Juni war es soweit: 19 Teilnehmerinnen des 1. ZMF-Abschlussmoduls (Pilotkurs) konnten ihre Zeugnisse in einer Feierstunde im NFi in Empfang nehmen.

Nachdem im Januar 2005 die modulare ZMF-Fortbildung mit den Modulen I-IV (I = Individualprophylaxe, II = Herstellung von Situationsabformungen und Provisorien, III = Fissurenversiegelung von kariesfreien Zähnen, IV = mit den Segmenten 1: Abrechnungswesen, 2: Praxisorganisation und -management, 3: Rechts- und Berufskunde, 4: Ausbildungswesen/Fortbildung/Psychologie, 5: EDV startete, begann im Februar 2006 das 1. ZMF-Abschlussmodul mit 420 Unterrichtsstunden.

Des Weiteren war dieses der erste Kurs nach der neuen ZMF-Fortbildungs- und Prüfungsordnung, die sich überwiegend an der Musterfortbildungsordnung der Bundeszahnärztekammer orientiert. Daher können diese Prüfungsabsolventinnen sich auch „Zahnmedizinische Fachassistentin“ (ZMF) nennen.

Der Institutsleiter des NFi, Dr. Dr. Hans-Ulrich Fischer, und der Mitarbeiterinnenreferent der Zahnärztekammer Hamburg, Vorstandsmitglied Dr. Thomas Einfeldt, ließen in launigen Worten den Werdegang dieser modularen Fortbildung Revue passieren.

Hervorgehoben wurde auch die äußerst gute Zusammenarbeit mit den Nachbarkammern Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, die ebenso die Module I-IV anbieten, deren Teilnehmerinnen dann in Hamburg das Abschlussmodul absolvieren können.

Die modulare ZMF-Fortbildung wurde sofort sehr gut angenommen, da sie den Vorteil der geringeren Fehlzeiten in der Praxis bietet. Viele bewährte Dozenten gaben auch hier ihr Wissen an die Teilnehmerinnen weiter.



Bei der Zeugnisvergabe: Marlies Baier

Nach Überreichung der Zeugnisse gab es fast nur strahlende Gesichter; denn das Ergebnis konnte sich sehen lassen. 12 x wurde die Note 2 vergeben und 7 x die Note 3. Eine Teilnehmerin muss sich leider in einem Prüfungsfach im November 2006 einer Wiederholungsprüfung unterziehen.

Eine ZMF hat auf dem Arbeitsmarkt weiterhin beste Chancen, eine verantwortungsvolle und interessante Position in einer Zahnarztpraxis auszufüllen. Das haben sehr viele ZFA erkannt und daher sind auch das 2. und 3. ZMF-Abschlussmodul mit Beginn August 2006 und Februar 2007 bereits belegt. Im 4. Abschlussmodul mit Beginn August 2007 stehen nur noch wenige Plätze zur Verfügung.

Marlies Baier



Susanne Graack, Leiterin des NFi-Lehrbetriebes verabschiedet eine Teilnehmerin
Alle Fotos: et



Dr. Dr. Hans-Ulrich Fischer verabschiedete die Lehrgangsteilnehmerinnen

KEIN VERGLEICH ZUR GESETZLICHEN RENTE – ÄRZTE SIND IM VERSORGUNGSWERK IMMER NOCH GUT AUFGEHOBen

Die Diskussion um die finanzielle Lage der im Umlageverfahren finanzierten gesetzlichen Rentenversicherung trägt immer wieder Unsicherheit in die Ärzteschaft hinein. Die Frage, die dann gestellt wird: Wie ist es um die finanzielle Stabilität der Ärzteversorgung bestellt, die im Gegensatz zur gesetzlichen Rentenversicherung nach dem kapitalbildenden Finanzierungsverfahren arbeitet?

Oft wird die Unsicherheit noch zusätzlich geschürt durch Vertreter verschiedenster Finanzvertriebe, die Ärzten Lebensversicherungen oder andere Kapitalanlageprodukte verkaufen wollen. In diesem Zusammenhang wird immer wieder behauptet, die Versorgungswerke könnten die Altersversorgung der Ärzte nicht mehr erfüllen, weil sie entweder langfristig in die gesetzliche Rentenversicherung überführt würden oder wegen der Entwicklung an den Kapitalmärkten oder Veralterung der Gesellschaft belastet seien.

versicherungsmathematischen Büro überprüft werden, schon vor Jahren sichergestellt, daß ihre Kalkulationsbasis so sicher wie möglich ist. Fakt ist, dass die Lebenserwartung von Ärztinnen und Ärzten deutlich höher liegt als in der allgemeinen Bevölkerung. Es ist zu erwarten, dass sich diese Entwicklung fortsetzen wird.

und ist damit zwei Jahre länger als in der allgemeinen Rentenversicherung. Die demographische Entwicklung stellt also die Versorgungswerke mittelfristig vor Herausforderungen. Denkbar könnte sein, dass auch die Versorgungswerke das Alter, ab dem abschlaglos Rente bezogen werden kann, auf 67 Jahre anheben.

Für die Versorgungswerke bedeutet dies, dass sich die Rentenzahldauer wohl weiter verlängert. Sie beträgt derzeit bei Ärzten 19 Jahren

Allerdings: Auch die private Rentenversicherung muss über die Anpassung der Sterbetafeln die höhere Lebenserwartung berücksichtigen.

Zweierlei ist festzuhalten: Der längeren Lebenserwartung der Bevölkerung müssen auch die Versorgungswerke Rechnung tragen – wie übrigens alle anderen Formen der Altersvorsorge, zum Beispiel die private Lebensversicherung, auch. Außerdem kann die Entwicklung an den Kapitalmärkten, insbesondere das zur Zeit noch niedrige Zinsniveau, nicht außer acht gelassen werden. Hier besteht zu anderen Kapitalanlageprodukten kein Unterschied.

Die Aussagen zur künftigen Entwicklung der Versorgungswerke sind aber so alt wie falsch und speisen sich meist aus der Hoffnung, Ärzte auf diese Weise zum Abschluss weiterer Versicherungsverträge zu bewegen.

DEMOGRAPHIE

Die Versorgungswerke haben durch die Entwicklung eigener Sterbetafeln, die zur Zeit von einem namhaften

Anzeige

Gleiches gilt für die Verrentung von angespartem Altersvorsorgekapital.

Versorgungswerke sind verfassungsrechtlich sicher könnten die Versorgungswerke aufgelöst und in die gesetzliche Rentenversicherung eingegliedert werden? Viele verfassungsrechtliche Gutachten, die die Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen e. V. (ABV) als Dachverband aller Versorgungswerke anfertigen ließ, kommen zu dem Schluss, dass eine Überführung von Vermögen und Versichertenbestand mit den Prinzipien der Verfassung unvereinbar wäre. Pars pro toto soll hier Professor Rupert Scholz wiedergegeben werden. Er weist darauf hin, dass der direkte Eingriff des Bundesgesetzgebers in bestehende berufsständische Versorgungswerke durch Übernahme der Versichertenbestände

in die Rentenversicherung bei gleichzeitiger Übertragung des Vermögens als unzulässig einzustufen ist.

ALTERSEINKÜNFTEGESETZ

Mit dem Alterseinkünftegesetz ist die Besteuerung von Aufwendungen für die Altersvorsorge (Beiträge) und von Leistungen zur Altersvorsorge (meist Renten) umfassend neu geregelt worden. In der Folge wurden die Versorgungswerke mit der gesetzlichen Rentenversicherung gleichgestellt. Das bedeutet, dass Ärzte die Beiträge zu den Versorgungswerken gegenwärtig zu 62 Prozent, im Jahr 2035 dann zu 100 Prozent von der Steuerbemessungsbasis abziehen können. Im Gegenzug werden die Renten jetzt und in Zukunft höher besteuert.

Durch den steigenden Steuersatz werden die Renten, die ausgezahlt

werden, niedriger. Oft wird Ärzten deshalb der Abschluss einer Rürup-Rente empfohlen, um die Versorgungslücken zu schließen. Bei Abwägung aller Fakten ist die Rürup-Rente für Ärzte aber uninteressant. Denn das, was diese Form der privaten Altersvorsorge leistet, können Ärzte mit geringeren Kosten auch durch die Erhöhung ihrer Beiträge an das berufsständische Versorgungswerk erreichen. Zudem liegt bei den Versorgungswerken der sogenannte Rechnungszins meist noch bei 3,5 oder vier Prozent, während er in der privaten Lebensversicherung nur noch 2,75 Prozent beträgt.

Die immer noch niedrigen Zinsen auf den Kapitalmärkten erklären auch, warum viele Versorgungswerke in den vergangenen Jahren bei der Dynamisierung ihrer Leistungen zurückhalten werden mußten. Eines sollten sich Ärzte aber vergegenwärtigen: Selbst

wenn ein Versorgungswerk in einem Jahr überhaupt keine Dynamisierung von Renten und Anwartschaften durchführt, dann haben die Mitglieder bereits eine Verzinsung von meist vier Prozent auf ihre Beiträge erhalten – eben weil dies einkalkuliert ist.

Im übrigen legen die Versorgungswerke ihr Rücklagevermögen nach denselben Regeln an wie private Versicherungsunternehmen. Bei vergleichsweise geringen Kosten für das einzelne Mitglied bleibt bei ihnen aber mehr übrig – zumal die Versorgungswerke keine fremden Aktionäre haben, die mit hohen Dividenden für ihre Kapitalanlage entschädigt werden wollen.

FAZIT:

Die Versorgungswerke sind wie alle anderen Einrichtungen zur Altersvorsorge eingebunden in die weltwirtschaftliche Entwicklung. Auch die Verlängerung der Lebenserwartung geht an ihnen nicht spurlos vorüber.

Sie sind aber aufgrund ihrer kapitalbildenden Finanzierungsweise jetzt und in Zukunft in der Lage, ihren Mitgliedern eine sichere Altersversorgung zu gewährleisten.

Von Michael Jung, Hauptgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der Ärzte Zeitung.

Erstveröffentlichung in der Ärzte Zeitung Nummer 107 vom 13.6.2006.

DR. ERGENZINGER SCHLÖSST DAS LETZTE KAPITEL

Mit einem vernehmlichen Geräusch schloss Dr. Dietrich Ergenzinger am 1. August den Ordner mit Kassenbelegen der LAJH. Der Rechnungsprüfungsausschuss der LAJH, dem er viele Jahre angehörte, kam in dieser Sitzung zu einem wohlwollenden Ergebnis und Dr. Ergenzinger hatte den Abschluss seiner jahrzehntelangen standespolitischen Laufbahn erreicht.

Der LAJH-Schatzmeister Dr. Peter Kurz dankte dem lang gedienten Zahnarzt für sein Wirken auch in diesem Gremium. Er erinnerte daran, dass Dr. Ergenzinger schon im Jahre 2000 nach 30 Jahren in Kammer- und Vertreterversammlung und zahlreichen Ausschüssen seinen Abschied von der Berufspolitik genommen habe. Seine Praxis habe er wegen der gesetzlichen Altersbestimmungen schon zum 31.12.2003 komplett in die Hände des Sohnes übergeben müssen. Da sei es auch kein Trost, dass der Gesetzgeber jetzt darüber nachdenkt, in unterversorgten Gebieten auch die sogenannten 68er noch wieder zuzulassen. Das Kapitel Praxis, so Dr. Ergenzinger, sei abgeschlossen.

Als „sanften Ausstieg“ habe sich Dr. Ergenzinger noch die Tätigkeit im Rechnungsprüfungsausschuss der LAJH offen gehalten. Er sei hier stets kritisch und engagiert an die Prüfung herangegangen. Auch sonst betonte Dr. Kurz, habe Dr. Ergenzinger für die Bemühungen der LAJH in Kindergärten und Schulen als Obmann der Kammer immer ein offenes Ohr gehabt. Die LAJH könne ihm leider keine Auszeichnung überreichen wie dies die Kammer mit der Silbernen Ehrennadel im Jahre 1999 vorgenommen habe. Er dankte ihm für die Arbeit in diesem Ausschuss, überreichte eine prickelnde Köstlichkeit und wünschte Dr. Ergenzinger gute Gesundheit und Freude am Leben.



Dr. Dietrich Ergenzinger (rechts) wird vom LAJH-Schatzmeister Dr. Peter Kurz für seine langjährige Arbeit im Rechnungsprüfungsausschuss der LAJH verabschiedet

et

Anzeige

Anzeige

ZAHNÄRZTE IN DER (GELB-BLAUEN) HAMBURGER POLITIK

Das Hamburger Zahnärzteblatt ist kein Organ der Parteipolitik. Trotzdem ist es noch eher ungewöhnlich, wenn sich Zahnärzte in der Hamburger Politik betätigen. In der gelb-blauen FDP ist dies besonders der Fall: Dr. Wieland Schinnenburg ist seit dem Sommer Landesvorsitzender des Landesverbandes Hamburg der FDP und die Hamburger Kieferorthopädin Dr. Luzie Braun ist die gesundheitspolitische Sprecherin dieser Partei in Hamburg.



Zahnarzt und Chef der Hamburger FDP:
Dr. Wieland Schinnenburg

Dr. Schinnenburg hat seit 1987 eine eigene Praxis in Oststeinbek. Er ist daneben seit 1998 auch noch als Rechtsanwalt tätig und seit diesem Jahr Fachanwalt für Medizinrecht. Nach dem Lebenslauf hat Dr. Schinnenburg eine Parteikarriere gemacht. Er gehört der FDP seit 1981 an. Von 1981 bis 1983 war er Mitglied des Bundesvorstandes der Jungen Liberalen und von 1987 bis 1989 Mitglied im Landesvorstand der Hamburger FDP, dessen Vorsitz er seit dem 1.7.2006 inne-

hat. Von 2001 bis 2004 gehörte er der Hamburgischen Bürgerschaft an und war dort stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion. Sein Wahlkreis ist Wandsbek.

In Interviews sagte er zu den Vorstellungen seiner Politik, dass sich die Partei auf ihre Kernthemen konzentrieren müsse. Die Partei brauche eine straffe Führung und er wolle für mehr Wärme sorgen. Die aktive Besetzung von Infoständen in Einkaufsstraßen ist ihm wichtig. So standen er und Dr. Braun am 26. August in Bergedorf an zwei Infoständen, die unter dem Motto „Privat versichert – statt Zwangskasse, mehr Wettbewerb – weniger

Kosten“ standen. Am 18. September steht für die Partei außerdem eine Podiumsdiskussion im Rathaus Altona zum Thema „GESUNDHEITSPOLITIK“ – Gesundheitsreform 2006“ auf dem Plan.

Mehr unter:
<http://www.wieland-schinnenburg.de>

BUCH: DIGITALE DENTALE FOTOGRAFIE

Der Wechsel von konventioneller zu digitaler Fotografie in der medizinischen Fotodokumentation wirft viele Fragen auf: Welche Farbtiefe ist notwendig? Müssen die Bilder nach der Aufnahme bearbeitet werden? Wenn ja, wie geht dies am einfachsten? Wie archiviere ich am sichersten?

Dentale Fotografie“ fachkundig beantwortet. Neben grundlegenden Ausführungen zur intraoralen, Sach- oder Porträtfotografie werden die Themen Archivierung, Bildbearbeitung und digitale Präsentationstechnik ausführlich und mit vielen praktischen Hinweisen behandelt.

Der Autor beschäftigt sich seit mehr als 20 Jahren mit der Thematik. Er führte zahlreiche praktische Arbeitskurse im In- und Ausland durch und ist mit den Problemen der Praxis bestens vertraut. Dadurch ist das Buch für alle wertvoll, die den Umstieg in die digitale Technik noch vor sich, ebenso aber für diejenigen, die diesen Schritt bereits vollzogen haben.

Wolfgang Bengel, Digitale Dentale Fotografie, 2006, 270 Seiten, 324 Abbildungen, Hardcover, ISBN: 3-87652-688-4, Best.-Nr.: 11840, Ladenpreis: € 168, Quintessenz Verlags GmbH, Berlin

Verlagsveröffentlichung



All diese Fragen werden in dem Buch „Digitale

BEZIRKSGRUPPEN

Bezirksgruppe 6 und Bezirksgruppe 7
Gemeinsame Bezirksgruppenversammlung
Termin: 21.09.2006, 20.00 Uhr
Ort: Hotel Eggers, Rahlstedter Str. 78, 22149 Hamburg
Gäste: Dr. Helmut Pfeffer
Dr. Claus Urbach
Themen: - Kammerwahl 2006 / Nominierung der Kandidaten für das Amt der Bezirksobfrau / des Bezirksobmanns
- Gesundheitsreform und Eckpunktepapier
- Aktuelles aus der KZV und zum HVM

Dr. Atzeroth, Dr. Berthold

Bezirksgruppe 9
Bezirksgruppenversammlung
Termin: 21.09.2006, 20.00 Uhr s.t.
Hotel Lindtner, Heimfelder Str. 123, 21075 Hamburg
Gäste: Prof. Dr. Wolfgang Sprekels
Präsident der Zahnärztekammer
Dr./RO Eric Banthien
KZV Vorstandsvorsitzender
Themen: - Kammerwahl 2006 / Nominierung der Kandidaten für das Amt der Bezirksobfrau / des Bezirksobmanns
- Gesundheitsreform und Eckpunktepapier

Dr. Lindemann

Bezirksgruppe 10
Stammtische
Termine: 28.09.2006, 26.10.2006 und 30.11.2006 („Immer der letzte Donnerstag im Monat!“) ab 20 Uhr
Ort: Restaurant „Jever Krog“, Große Brunnenstraße 18/ Ecke Holländische Reihe, 22763 Hamburg/Altona

Dr. Franz

UNGÜLTIGE AUSWEISE

Nachfolgend aufgeführte Zahnarzausweise werden wegen Verlust, Diebstahl oder Wegzug für ungültig erklärt:

Nr.	Inhaber	Datum
23655	Josip Klasnic	23.09.2005
23227	Dr. Vera Wiese	14.01.2005
30699B	Dr. Gudrun Jung	12.08.2002
22253	Christian Regel	18.10.1995
13132	Melita Gölcek	29.04.2004
13314	Bonnie Hamann	27.05.2004
23553	Janett Heins	21.09.2004
20151	Andreas Brock	07.10.1993
23243	Katharina Laßon	29.05.2002
23634	Hermann Roers	28.06.2005
23142	Sven Clausen	18.07.2001
23325	André Müller	31.10.2002
23355	Sabine Jung	03.02.2003

ZFA-PRÜFUNGEN

Abschlussprüfung
Praktische Prüfung:
Sonnabend, 13.01.2007
ab 08:00 Uhr in der Berufsschule
Schriftliche Prüfungen:
- 1. Teil: Montag, 15.01.2007
ab 14:00 Uhr
- 2. Teil: Dienstag, 16.01.2007
ab 14:00 Uhr
Bekanntgabe der Ergebnisse:
Montag, 23.01.2007
14:00 Uhr in der Schule
Mündliche Prüfung:
Sonnabend, 27.01.2007
ab 08:00 Uhr, ZÄK, Raum 707
Zwischenprüfung:
Mittwoch, 01.11.2006/14:00 Uhr
Strahlenschutzprüfung:
Mittwoch, 10.01.2007/14:00 Uhr

HAMBURGER DENTALE FAMILIE GESTARTET

Zu einer zweiten Sitzung trafen sich die Beteiligten der Hamburger Dentallandschaft am 4. September und besprachen die Möglichkeiten einer verstärkten Zusammenarbeit.

Als erste konkrete Maßnahme wurde der Webauftritt unter www.dentalfamilie.de eingeweiht und in einer Presseinformation über die Fachmesse „Norddental“ berichtet.

Anzeige

Zahnärztekammer Hamburg Sprechstunden und Bürozeiten:

Der Präsident und der Vizepräsident der Zahnärztekammer Hamburg stehen für Gespräche (montags, dienstags, donnerstags, freitags) telefonisch zur Verfügung: Kollege Sprekels von 12:00 bis 13:00 Uhr, Tel.: 44 29 18, Kollege Pfeffer, Tel.: 724 28 09. Bei Bedarf können persönliche Gespräche vereinbart werden.

Bürozeiten:

Montag bis Donnerstag 8:00 bis 16:30 Uhr, Freitag 8:00 bis 13:00 Uhr
Sprechstunden Versorgungsausschuss:
Der Vorsitzende des Versorgungsausschusses der Zahnärztekammer Hamburg und sein Stellvertreter (Kollege H. Pfeffer und Kollege W. Zink) stehen für Gespräche montags bis freitags telefonisch (724 28 09 und 702 21 11) zur Verfügung. Bei Bedarf können persönliche Besprechungen vereinbart werden.

Postanschrift:

Zahnärztekammer Hamburg,
Postfach 74 09 25, 22099 Hamburg,
E-Mail: info@zaek-hh.de

**Redaktionsschluss des HZB
ist am 25. jeden Monats.**

ABGABETERMINE	
September bis Dezember 2006	
Termin:	für:
25.09.2006	ZE 9/2006
04.10.2006	KCH III/2006 Kfo III/2006
16.10.2006	Par/Kbr 10/2006
25.10.2006	ZE 10/2006
15.11.2006	Par/Kbr 11/2006
27.11.2006	ZE 11/2006
11.12.2006	Par/Kbr 12/2006
18.12.2006	ZE 12/2006
Fällt der Abgabetermin auf einen Samstag, Sonntag oder Feiertag, muss die Abrechnung am nächstfolgenden Arbeitstag bis 9:00 Uhr bei uns sein. An den Abgabeterminen (montags bis donnerstags) ist das Zahnärztheaus bis 21:00 Uhr geöffnet (freitags grundsätzlich bis 13:00 Uhr).	

ZAHLUNGSTERMINE	
Datum:	für:
25.09.2006	ZE, Par, Kbr 8/2006
19.10.2006	3. AZ für III/2006
25.10.2006	ZE, Par, Kbr 9/2006 RZ für II/2006
20.11.2006	1. AZ für IV/2006
27.11.2006	ZE, Par, Kbr 10/2006
11.12.2006	2. AZ für IV/2006
27.12.2006	ZE, Par, Kbr 11/2006
Unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist es nicht erlaubt, telefonisch Auskünfte über Kontostände oder Zahlungen zu geben.	

AUSSCHREIBUNGEN

Folgende Vertragszahnarztpraxen werden gemäß § 103 Abs. 4 SGB V zur Übernahme durch einen Nachfolger ausgeschrieben:

- PB 1, Ortsteil 102 (Hamburg-Altstadt)
- PB 1, Ortsteil 113 (St. Georg)
- PB 1, Ortsteil 122 (Hamm-Nord)
- PB 1, Ortsteil 130 (Horn)
- PB 3, Ortsteil 317 (Lokstedt)

Interessenten bewerben sich bitte bis zum 31.10.2006 (Posteingang) bei der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Hamburg, Postfach 11 12 13, 20412 Hamburg.

SITZUNGSTERMINE ZULASSUNGS-AUSSCHUSS	
Für die Anträge an den Zulassungsausschuss sind folgende Abgabeterminen unbedingt zu beachten:	
Annahmeschluss:	Sitzungstermin:
04.10.2006	25.10.2006
25.10.2006	15.11.2006
15.11.2006	06.12.2006
Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass die vorgegebenen Fristen für die Abgabe der Anträge strikt eingehalten werden müssen und nur die jeweils fristgerecht gestellten Anträge in der nachfolgenden Sitzung dem Zulassungsausschuss vorgelegt werden! Diese Abgabeterminen gelten auch und insbesondere für die gemäß § 85 Abs. 4 b SGB V einzureichenden Gemeinschaftspraxisverträge! Diese Verträge sind vorbereitend für den Zulassungsausschuss durch unsere Juristen zu prüfen. Wir raten, den Vertrag spätestens zum Abgabetermin ohne Unterschriften und ohne Beglaubigungen zur Durchsicht einzureichen. Wir informieren Sie dann schnellstmöglich über Unbedenklichkeit oder notwendige Änderungen. Am Sitzungstag muss der Vertrag dann in beglaubigter Form vorliegen!	

BEDARFSPLANUNG

Der Landesausschuss in der Freien und Hansestadt Hamburg hat sich am 15.8.2006 mit dem Bedarfsplan, Stand 31.12.2005, befasst und Folgendes beschlossen:

„Nach Prüfung der Bedarfszahlen des Bedarfsplanes, Stand 31.12.2005, beschließt der Landesausschuss, wegen Unterschreitung des Versorgungsgrades von 110 % im Planungsbereich 4 (Bezirk Hamburg-Nord) die Zulassungsbeschränkung aufzuheben.“

Der Beschluss des Landesausschusses ist unverzüglich dem Zulassungsausschuss für den Bezirk der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Hamburg bekannt zu geben und zu veröffentlichen.

Der Zulassungsausschuss der Krankenkassen und Zahnärzte in der Freien und Hansestadt Hamburg darf für den Planungsbereich 4 nur so viele Zulassungen erteilen, bis die Höchstgrenze erreicht und wiederum Überversorgung eingetreten ist, d.h. es können z. Zt. vier Zulassungen ausgesprochen werden. Mit diesen

WEITERE INFORMATIONEN

Die KZV bietet insbesondere jungen Zahnärzten vor der Niederlassung weitere Informationen von der Registertragung bis zur Zulassung an. Diese Dokumente können bei Bedarf

Zulassungen ist der Versorgungsgrad von 110 % überschritten.

Über die Anträge auf Zulassung ist nach Maßgabe der Reihenfolge ihres Eingangs beim Zulassungsausschuss zu entscheiden.

Gemäß § 101 Abs. 3 Satz 2 SGB V enden die beschränkte Zulassung und die Leistungsmengenbegrenzung nach § 101 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 SGB V bei Aufhebung der Zulassungsbeschränkungen gemäß § 103 Abs. 3 SGB V.

Im Planungsbereich 4 liegen solche Zulassungen vor, so dass diese vorrangig berücksichtigt werden müssen.

Im Übrigen bleibt es bei den am 11.7.2002 ausgesprochenen Sperrungen der Planungsbereiche 1 (Bezirk Hamburg-Mitte) und 3 (Bezirk Eimsbüttel) wegen eines Versorgungsgrades von 114,2 bzw. 115,8 % in der vertragszahnärztlichen Versorgung.“

Die Bedarfspläne wurden mit Sonderrundschreiben vom 16.8.2006 veröffentlicht.

telefonisch bei der KZV (36 147-176) erfragt oder im Internet unter www.kzv-hamburg.de in der Rubrik „Für Zahnärzte/KZV-Infos“ eingesehen werden.

NEUES AUS DER RECHTSPRECHUNG:

IMPLANTATVERSORGUNG DES UNTERKIEFERS NUR IN AUSNAHMEFÄLLEN

Eine Implantatversorgung für den Unterkiefer gemäß § 28 II 9 SGB V gehört nicht zur zahnärztlichen Behandlung. Eine Ausnahme gilt nur dann, wenn eine vom Bundesausschuss Zahnärzte/Krankenkassen festzulegende seltene Ausnahmeindikation für besonders schwere Fälle vorliegt. Kieferatrophien oder Allergien gegen Zahnwerkstoffe gehören hierzu nicht. Das LSG bestätigte am 21.04.2006 eine entsprechende Entscheidung des SG Hamburg.

VORSICHT BEI NUTZUNGS-ÜBERLASSUNGSVERTRAG

Ein Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurg hatte mit einem Dritten einen Nutzungsüberlassungsvertrag abgeschlossen. Nach diesem hatte er kein umfassendes Bestätigungsrecht über die Anschaffung, den Umfang und

den Einsatz der sachlichen Mittel. Er konnte insbesondere auch keine eigenverantwortlichen Entscheidungen treffen, hatte kein Recht zur Auswahl der Mitarbeiter und kein eindeutiges Direktionsrecht. Der Dritte konnte nach den Vertragsbedingungen jederzeit eine Kündigung des Vertrags herbeiführen und anschließend die Erklärung des Verzichts auf den Vertragsarztsitz verbunden mit dem Antrag auf Neuausschreibung verlangen. Es sollte ein Nutzungsentgelt von 70 % des erzielten Umsatzes abgeführt werden.

Seinen Zulassungsantrag wiesen die Zulassungsgremien ab, weil ein Verstoß gegen das Verbot der Zuweisung von Patienten gegen Entgelt vorliege und der vorgelegte Nutzungsüberlassungsvertrag mit einer freiberuflichen Tätigkeit unvereinbar sei. Das Sozialgericht Berlin bestätigt mit Urteil vom 23.11.2005 diese Auffassung der Zulassungsgremien.

EINWEGKANÜLE ALS SPRECHSTUNDENBEDARF

Einwegkanülen können im Ersatzkassenbereich als Sprechstundenbedarf verordnet werden. Dies folgt aus den allgemeinen Bestimmungen zum EKV – Z in Verbindung mit der Protokollnotiz zum Vertrag über die Individualprophylaxe vom 17.03.2003, Ziffer 3. Nicht nur Arzneimittel zur Fluoridierung können als Sprechstundenbedarf verordnet werden, sondern auch die zur Applikation erforderlichen Einwegkanülen. Diesen Standpunkt vertritt das SG Kiel in einem Urteil vom 17.05.2005, in dem die Klage der Ersatzkassenverbände gegen die KZV abwies.

RA Gustav-Adolf Hahn
Fachanwalt für Sozialrecht
Justiziar der KZV Hamburg

**AN ABGABETAGEN
(MONTAGS – DONNERSTAGS)
KÖNNEN UNTERLAGEN BIS 21 UHR
PERSÖNLICH ABGEGEBEN WERDEN.**

**Kassenzahnärztliche
Vereinigung Hamburg**
Sprechzeiten:
Die Mitglieder des Vorstandes der KZV Hamburg
- Dr./RO Eric Banthien,
- Dr. Claus St. Franz und
- Dipl.-Kfm. Wolfgang Leischner
stehen für persönliche Gespräche im Zahnärztheaus, Katharinenbrücke 1, 20457 Hamburg, zur Verfügung.

Es wird um vorherige telefonische Anmeldung im Vorstandssekretariat gebeten:
Frau Gehendges 36 147-176
Frau Oetzmann-Groß 36 147-173
Postanschrift:
Kassenzahnärztliche Vereinigung Hamburg
Postfach 11 12 13, 20412 Hamburg
E-Mail/Internet:
info@kzv-hamburg.de
www.kzv-hamburg.de

Anzeige

KZV Hamburg			Planungsblatt B							
Stand: 31.12.2005			Zahnärztliche Versorgung							
PB-Nr.	Ortsteil	Stadtteil	Einwohnerzahl		Vers.-Grad		Vertr.-ZÄ	AZ	insges.	Vers.-Grad in %
			Stand: 31.12.04	100%	110%					
1	101 - 103	Hamburg-Altstadt	1.774	1	2	32	*)	32	3200,0	
	104 - 107	Neustadt	11.856	9	10	47	*)	47	522,2	
	108 - 112	St. Pauli	26.829	21	23	19		19	90,5	
	113 - 114	St. Georg	10.245	8	9	11		11	137,5	
	115 - 116	Klosterter	1.129	1	1	2	*)	2	200,0	
	117 - 119	Hammerbrook	432	1	1	5		5	500,0	
	120 - 121	Borgfelde	6.460	5	6	2		2	40,0	
	122 - 124	Hamm-Nord	21.120	17	18	18	1,0	19	111,8	
	125 - 126	Hamm-Mitte	10.242	8	9	7		7	87,5	
	127 - 128	Hamm-Süd	3.833	3	3			0		
	129 - 130	Horn	36.291	28	31	14		14	50,0	
	131	Billstedt	68.119	53	59	29	5,0	34	64,2	
	132	Billbrook	1.526	1	1			0	0,0	
	133 - 134	Rothenburgsort	8.181	6	7	4		4	66,7	
	135	Veddel	4.776	4	4	3		3	75,0	
	136	Kleiner Grasbrook	1.368	1	1			0		
	137	Steinwerder	57	0	0			0		
	138	Waltershof	5	0	0			0		
	139	Finkenwerder	11.573	9	10	4		4	44,4	
	140	Neuwerk	33	0	0			0		
	150	Schiffsbevölkerung	1.708	1	1			0	0,0	
		Bez. Hmb.-Mitte	227.557	177,8	195,6	197	6,0	203	114,2	
2	201 - 206	Altona-Altstadt	27.501	21	24	30		30	142,9	
	207 - 209	Altona-Nord	21.246	17	18	6		6	35,3	
	210 - 213	Ottensen	32.324	25	28	39		39	156,0	
	214 - 216	Bahrenfeld	26.217	20	23	19		19	95,0	
	217	Gr. Flottbek	10.826	8	9	17		17	212,5	
	218	Othmarschen	11.550	9	10	5		5	55,6	
	219	Lurup	33.252	26	29	15		15	57,7	
	220	Osdorf	25.417	20	22	14	1,0	15	75,0	
	221	Nienstedten	6.534	5	6	5		5	100,0	
	222 - 223	Blankenese	12.981	10	11	19	1,0	20	200,0	
	224	Iserbrook	10.531	8	9	6		6	75,0	
	225	Sülldorf	8.598	7	7	6		6	85,7	
	226	Rissen	14.375	11	12	10		10	90,9	
		Bez. Altona	241.352	188,6	207,4	191	2,0	193	102,3	
3	301 - 310	Eimsbüttel	54.054	42	46	51		51	121,4	
	311 - 312	Rotherbaum	16.510	13	14	34	*)	34	261,5	
	313 - 314	Harvestehude	16.886	13	15	31		31	238,5	
	315 - 316	Hoheluft-West	12.568	10	11	12	*)	12	120,0	
	317	Lokstedt	24.699	19	21	16		16	84,2	
	318	Niendorf	39.861	31	34	25		25	80,6	
	319	Schnelsen	27.397	21	24	23		23	109,5	
	320	Eidelstedt	30.134	24	26	19		19	79,2	
	321	Stellingen	22.159	17	19	9	1,0	10	58,8	
		Bez. Eimsbüttel	244.268	190,8	209,9	220	1,0	221	115,8	
4	401 - 402	Hoheluft-Ost	9.059	7	8	12		12	171,4	
	403 - 405	Eppendorf	22.810	18	20	27	*)	27	150,0	
	406	Groß Borstel	8.020	6	7	7		7	116,7	
	407	Alsterdorf	12.825	10	11	8		8	80,0	
	408 - 413	Winterhude	48.532	38	42	56	*)	56	147,4	
	414 - 415	Uhlenhorst	15.227	12	13	22		22	183,3	
	416 - 417	Hohenfelde	8.757	7	8	8		8	114,3	
	418 - 423	Barmbek-Süd	30.210	24	26	15		15	62,5	
	424 - 425	Dulsberg	17.432	14	15	6		6	42,9	
	426 - 429	Barmbek-Nord	37.338	29	32	34		34	117,2	
	430	Ohlsdorf	14.035	11	12	8		8	72,7	
	431	Fuhlsbüttel	11.901	9	10	10		10	111,1	
	432	Langenhorn	40.594	32	35	21		21	65,6	
		Bez. Hamb.-Nord	276.740	216,2	237,8	234	0,0	234	108,2	
5	501 - 504	Eilbek	19.995	16	17	21		21	131,3	
	505 - 509	Wandsbek	32.514	25	28	29		29	116,0	
	510 - 511	Marienthal	11.675	9	10	9		9	100,0	
	512	Jenfeld	25.137	20	22	16	1,0	17	85,0	
	513	Tonndorf	12.543	10	11	7	2,0	9	90,0	
	514	Farmsen-Berne	33.429	26	29	17		17	65,4	
	515	Bramfeld	49.895	39	43	35		35	89,7	
	516	Steilshoop	19.335	15	17	5		5	33,3	
	517	Wellingsbüttel	9.516	7	8	9		9	128,6	
	518	Sasel	22.147	17	19	11		11	64,7	
	519	Poppenbüttel	21.823	17	19	34		34	200,0	
	520	Hummelsbüttel	17.081	13	15	7		7	53,8	
	521	Lehmsahl-M.	6.943	5	6	1		1	20,0	
	522	Duvenstedt	6.004	5	5	6		6	120,0	
	523	Wohldorf-Ohlstedt	4.260	3	4	4		4	133,3	
	524	Bergstedt	9.158	7	8	5		5	71,4	
	525	Volksdorf	19.908	16	17	21		21	131,3	
	526	Rahlstedt	85.439	67	73	61		61	91,0	
		Bez. Wandsbek	406.802	317,8	349,6	298	3,0	301	94,7	

PB-Nr.	Ortsteil	Stadtteil	Einwohnerzahl Stand: 31.12.04	Vers.-Grad		Vertr.-ZÄ	AZ	insges.	Vers.-Grad in %
				100%	110%				
6	601	Lohbrügge	38.093	30	33	22		22	73,3
	602 - 603	Bergedorf	41.019	32	35	34		34	106,3
	604	Curslack	3.858	3	3			0	
	605	Altengamme	2.135	2	2			0	
	606	Neuengamme	3.408	3	3	2		2	66,7
	607	Kirchwerder	8.859	7	8	3		3	42,9
	608	Ochsenwerder	2.311	2	2	1		1	50,0
	609	Reitbrook	509	0	0	1		1	
	610	Allermöhe	14.877	12	13	6		6	50,0
	611	Billwerder	1.295	1	1			0	
	612	Moorfleet	1.103	1	1			0	
	613	Tatenberg	503	0	0			0	
	614	Spadenland	444	0	0			0	
		Bez. Bergedorf	118.414	92,5	101,8	69	0,0	69	74,6
7	701 - 702	Harburg	20.852	16	18	41		41	256,3
	703	Neuland	1.505	1	1			0	
	704	Gut Moor	140	0	0			0	
	705	Wilstorf	15.783	12	14	5		5	41,7
	706	Rönneburg	2.937	2	3			0	
	707	Langenbek	4.270	3	4			0	
	708	Sinstorf	3.139	2	3	3		3	150,0
	709	Marmstorf	8.750	7	8	4		4	57,1
	710	Eißendorf	22.921	18	20	9		9	50,0
	711	Heimfeld	19.923	16	17	9		9	56,3
	712 - 714	Wilhelmsburg	48.322	38	42	22	1,0	23	60,5
	715	Altenwerder		0	0			0	
	716	Moorburg	787	1	1			0	
	717	Hausbruch	17.009	13	15	11		11	84,6
	718	Neugraben-F.	27.377	21	24	15		15	71,4
	719	Francop	674	1	1			0	
	720	Neuenfelde	4.874	4	4	2		2	50,0
	721	Cranz	829	1	1			0	
		Bez. Harburg	200.092	156,3	172	121	1,0	122	78,1
		Insgesamt	1.715.225	1340	1474	1330	13,0	1343	100,2
		*) beschränkte Zulassung							

KZV Hamburg			Planungsblatt C						
Stand: 31.12.2005			Kieferorthopädische Versorgung						
PB-Nr.	Ortsteil	Stadtteil	Einwohnerzahl Stand: 31.12.04	Vers.-Grad		Vertr.-FZÄ	AZ	insges.	Vers.-Grad in %
				100%	110%				
	101 - 103	Hamburg-Altstadt	1.774	0,1	0,1			0	
	104 - 107	Neustadt	11.856	0,7	0,8	1		1	142,9
	108 - 112	St. Pauli	26.829	1,7	1,8			0	
	113 - 114	St. Georg	10.245	0,6	0,7			0	
	115 - 116	Klosterter	1.129	0,1	0,1			0	
	117 - 119	Hammerbrook	432	0	0			0	
	120 - 121	Borgfelde	6.460	0,4	0,4			0	
	122 - 124	Hamm-Nord	21.120	1,3	1,5	1		1	76,9
	125 - 126	Hamm-Mitte	10.242	0,6	0,7			0	
	127 - 128	Hamm-Süd	3.833	0,2	0,3			0	
	129 - 130	Horn	36.291	2,3	2,5			0	
	131	Billstedt	68.119	4,3	4,7	4		4	93,0
	132	Billbrook	1.526	0,1	0,1			0	
	133 - 134	Rothenburgsort	8.181	0,5	0,6			0	
	135	Veddel	4.776	0,3	0,3			0	
	136	Kleiner Grasbrook	1.368	0,1	0,1			0	
	137	Steinwerder	57	0	0			0	
	138	Waltershof	5	0	0			0	
	139	Finkenwerder	11.573	0,7	0,8			0	
	140	Neuwerk	33	0	0			0	
	150	Schiffsbevölkerung	1.708	0,1	0,1			0	
		Bez. Hmb.-Mitte	227.557	14,2	15,6	6	0,0	6	42,3
	201 - 206	Altona-Altstadt	27.501	1,7	1,9	1		1	58,8
	207 - 209	Altona-Nord	21.246	1,3	1,5			0	
	210 - 213	Ottensen	32.324	2	2,2	1		1	50,0
	214 - 216	Bahrenfeld	26.217	1,6	1,8			0	
	217	Gr. Flottbek	10.826	0,7	0,7	1		1	142,9
	218	Othmarschen	11.550	0,7	0,8	1		1	142,9
	219	Lurup	33.252	2,1	2,3	1		1	47,6
	220	Osdorf	25.417	1,6	1,7	1		1	62,5
	221	Nienstedten	6.534	0,4	0,4	1		1	250,0
	222 - 223	Blankenese	12.981	0,8	0,9	3		3	375,0
	224	Iserbrook	10.531	0,7	0,7			0	
	225	Sülldorf							

PB-Nr.	Ortsteil	Stadtteil	Einwohnerzahl Stand: 31.12.04	Vers.-Grad		Vertr.-FZÄ	AZ	insges.	Vers.-Grad in %
				100%	110%				
	319	Schnelsen	27.397	1,7	1,9	1		1	58,8
	320	Eidelstedt	30.134	1,9	2,1	1		1	52,6
	321	Stellingen	22.159	1,4	1,5			0	0,0
		Bez. Eimsbüttel	244.268	15,3	16,8	12		12	78,4
	401 - 402	Hoheluft-Ost	9.059	1	1			0	0,0
	403 - 405	Eppendorf	22.810	1	2	2		2	200,0
	406	Groß Borstel	8.020	1	1			0	
	407	Alsterdorf	12.825	1	1			0	
	408 - 413	Winterhude	48.532	3	3	2		2	66,7
	414 - 415	Uhlenhorst	15.227	1	1			0	
	416 - 417	Hohenfelde	8.757	1	1			0	
	418 - 423	Barmbek-Süd	30.210	2	2	2		2	100,0
	424 - 425	Dulsberg	17.432	1	1			0	
	426 - 429	Barmbek-Nord	37.338	2	3	1		1	50,0
	430	Ohlsdorf	14.035	1	1			0	
	431	Fuhlsbüttel	11.901	1	1	2		2	200,0
	432	Langenhorn	40.594	3	3	1		1	33,3
		Bez. Hamb.-Nord	276.740	17,3	19,0	10	0,0	10	57,8
	501 - 504	Eilbek	19.995	1	1			0	
	505 - 509	Wandsbek	32.514	2	2	3		3	150,0
	510 - 511	Marienthal	11.675	1	1	0		0	0,0
	512	Jenfeld	25.137	2	2			0	
	513	Tonndorf	12.543	1	1			0	
	514	Farmsen-Berne	33.429	2	2	2		2	100,0
	515	Bramfeld	49.895	3	3	1		1	33,3
	516	Steilshoop	19.335	1	1	2		2	200,0
	517	Wellingsbüttel	9.516	1	1			0	
	518	Sasel	22.147	1	2	1		1	
	519	Poppenbüttel	21.823	1	2	4		4	400,0
	520	Hummelsbüttel	17.081	1	1			0	
	521	Lehmsahl-M.	6.943	0	0			0	
	522	Duvenstedt	6.004	0	0			0	
	523	Wohldorf-Ohlstadt	4.260	0	0			0	
	524	Bergstedt	9.158	1	1			0	
	525	Volksdorf	19.908	1	1	1		1	100,0
	526	Rahlstedt	85.439	5	6	5		5	100,0
		Bez. Wandsbek	406.802	25,4	28	19	0,0	19	74,8
	601	Lohbrügge	38.093	2	3			0	
	602 - 603	Bergedorf	41.019	3	3	4		4	133,3
	604	Curslack	3.858	0	0			0	
	605	Altengamme	2.135	0	0			0	
	606	Neuengamme	3.408	0	0			0	
	607	Kirchwerder	8.859	1	1			0	
	608	Ochsenwerder	2.311	0	0			0	
	609	Reitbrook	509	0	0			0	
	610	Allermöhe	14.877	1	1			0	
	611	Billwerder	1.295	0	0			0	
	612	Moorfleet	1.103	0	0			0	
	613	Tatenberg	503	0	0			0	
	614	Spadenland	444	0	0			0	
		Bez. Bergedorf	118.414	7,4	8,1	4	0,0	4	54,1
	701 - 702	Harburg	20.852	1,3	1,4	3		3	230,8
	703	Neuland	1.505	0,1	0,1			0	
	704	Gut Moor	140	0	0			0	
	705	Wilstorf	15.783	1	1,1			0	
	706	Rönneburg	2.937	0,2	0,2			0	
	707	Langenbek	4.270	0,3	0,3			0	
	708	Sinstorf	3.139	0,2	0,2			0	
	709	Marmstorf	8.750	0,5	0,6			0	
	710	Eißendorf	22.921	1,4	1,6			0	
	711	Heimfeld	19.923	1,2	1,4			0	
	712 - 714	Wilhelmsburg	48.322	3	3,3			0	
	715	Altenwerder		0	0			0	
	716	Moorburg	787	0	0,1			0	
	717	Hausbruch	17.009	1,1	1,2			0	
	718	Neugraben-F.	27.377	1,7	1,9	1		1	58,8
	719	Francop	674	0	0			0	
	720	Neuenfelde	4.874	0,3	0,3			0	
	721	Cranz	829	0,1	0,1			0	
		Bez. Harburg	200.092	12,5	13,8	4	0,0	4	32,0
		Insgesamt	1.715.225	107,2	117,9	65	0,0	65	60,6

KZV Hamburg			Planungsblatt C						
Stand: 31.12.2005			Kieferorthopädische Versorgung						
PB-Nr.	Ortsteil	Stadtteil	Einwohnerzahl Stand: 31.12.04	Vers.-Grad		Vertr.-FZÄ	AZ	insges.	Vers.-Grad in %
				100%	110%				
1	101 - 150	Bez. Hmb.-Mitte	227.557	14,2	15,6	6		6	42,3
	201 - 226	Bez. Altona	241.352	15,1	16,6	10		10	66,2
	301 - 321	Bez. Eimsbüttel	244.268	15,3	16,8	12		12	78,4
	401 - 432	Bez. Hmb.-Nord	276.740	17,3	19	10		10	57,8
	501 - 526	Bez. Wandsbek	406.802	25,4	28	19		19	74,8
	601 - 614	Bez. Bergedorf	118.414	7,4	8,1	4		4	54,1
	701 - 721	Bez. Harburg	200.092	12,5	13,8	4		4	32,0
		Insgesamt	1.715.225	107,2	117,9	65	0,0	65	60,6

Anzeige

JUBILÄEN

40 Jahre tätig
ist am 1. Oktober 2006 Frau Christa Everding
ZFA in der Praxis Dr. Knut Fetting, ehemals Dr. Heinz
Eder

30 Jahre tätig
war am 1. August 2006 Frau Claudia Bruhns
ZFA in der Praxissozietät Dr. Hans-Peter Detering und
Björn Detering

25 Jahre tätig
ist am 1. Oktober 2006 Frau Erica Soltau
ZMF in der Praxis Dr. Dr. Jürgen Sprang, ZA und FZA für
Oralchirurgie

15 Jahre tätig
ist am 1. Oktober 2006 Frau Uta Schmidt
ZMF in der Praxis Dr. Mathias Schmidt

10 Jahre tätig
war am 1. August 2006 Frau Claudia Becker
ZFA in der Praxissozietät Dr. Hans-Peter Detering und
Björn Detering
ist am 1. Oktober 2006 Frau Sabine Böttjer
ZMP in der Praxis Dr. Mathias Henneke
ist am 1. Oktober 2006 Frau Natalie Wigger
ZFA in der Praxis Torsten Hirte

Die Zahnärztekammer und die KZV Hamburg gratulieren.

NORWEGER-HAPPEN

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wieder mal Urlaub, 14 Tage Norwegen, wieder mit den
beiden „Anglern“.

Wieder „to Hus“ wie üblich diese „x'te Reform“ erhitzt
die Gemüter und wird wieder nix außer mehr und mehr
Bürokratie bringen.

Da bin ich doch lieber Budget schonend ab nach Nor-
wegen und lebe von dem, was mir die Natur zur Verfügung
stellt: der wundervolle Geirangerfjord, das schöne Wetter,
frischer leckerer Seelachs, Dorsch und Forellen ... also
gesund ist so ein Urlaub mit Anglern ... viele Omega 3
Fettsäuren ... und kostengünstig ... nur Kartoffeln und Salat
dazu, der Rest kommt aus dem Meer!!!! Das ist auch sehr
Familienbudget schonend.

Liebe Grüße, Michael Wenzel

GEBURTSTAGE

Wir gratulieren im Oktober zum ...

85. Geburtstag
am 09. Dr. Carl-Heinz Schmidt
am 12. Dr. Ilse Schumann
am 14. Dr. Hermann Busch

80. Geburtstag
am 04. Dr. Klaus Bobert
am 07. Dr. Joachim Thomsen

70. Geburtstag
am 05. Peter Krogmann
am 27. Dr. Manfred Lindemann

65. Geburtstag
am 07. Dr. Gerlinde Albers
am 20. Dr. Heinz Sackersdorff
am 29. Wolfgang Schillinger

60. Geburtstag
am 07. Dr. Wilfried Meyer-Wolff
am 16. Dr. Peter Loewen
am 21. Dr. Rolf Atzeroth, ZA und FZA f. Oralchirurgie

Die Zahnärztekammer und die KZV Hamburg gratulieren.



Jan-Per Wenzel
(15 Jahre), Tim-
Ole Wenzel (18
Jahre)
Fisch: 2 x fri-
scher Seelachs
(ca. 4 kg) genug
für eine 4 köpf-
ige Familie

Foto: Michael
Wenzel

ES SIND VERSTORBEN

31.07.2006 Dr. Ludwig Seyfarth
geboren 16. Oktober 1928

03.08.2006 Dr. Siegfried Morath
geboren 15. Juni 1921

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.
Zahnärztekammer Hamburg und
Kassenzahnärztliche Vereinigung Hamburg.

Ertel

Beerdigungs-Institut

20095 Hamberg
Alsterlar 20 ☎ (040) 30 96 36-0

Filialen Nienstedten ☎ (040) 82 04 43
Blankenese ☎ (040) 86 99 77

22111 Hamburg (Hornl
Hornl Weg 222 ☎ (040) 651 80 88